

Einleitung¹

Deutschland gilt in vielerlei Hinsicht als Musterland des Umweltschutzes. Jedenfalls scheint das gesellschaftliche Bewusstsein für die Belange von Natur und Umwelt hoch. Nirgendwo sonst wird mit solcher Akribie der (Haus-)Müll sortiert. Auch angesichts der Debatten um die drohende Klimaerwärmung und den Atomausstieg ist das Thema allgegenwärtig.² Die Vermittlung eines grünen beziehungsweise ökologischen Images und vor allem der Verweis auf Nachhaltigkeit sind längst zu entscheidenden Standortfaktoren geworden. Entsprechende Anstrengungen, ein solches Image zu entwickeln, finden sich bei Unternehmen, vor allem aber auch bei Städten und ihren jeweiligen Verantwortlichen in Politik und Verwaltung.³ Umweltschutz und eine nachhaltige Stadtentwicklung stellen zentrale Themen und Aufgaben deutscher Großstädte dar und sind bisweilen gar zu Identifikationskriterien avanciert. Die Stadt Freiburg im Breisgau etwa rühmt sich als „Ökohauptstadt“ und „Green City“.⁴ Diese Zuschreibungen und jüngeren Entwicklungen lassen sich jedoch nur vor dem Hintergrund einer schon länger währenden Auseinandersetzung mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes erklären.

Spätestens seit den Beschlüssen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 sind die Kommunen ohnehin dazu angehalten, ihre langfristigen Planungen danach auszurichten, nachhaltige Strukturen zu schaffen.⁵ Neben sozialen Gesichtspunkten spielen dabei vor allem Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, die sich oftmals in den lokalen Agenda21-Aktionsprogrammen wiederfinden, eine entscheidende

1 Teile der Einleitung auch in: *Matthias Lieb*, Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt – Eine Projektskizze, Darmstadt 2012 (Master-Thesis).

2 Zu Recht stellt Frank Uekötter dieses Großnarrativ infrage und belegt anschaulich, warum die Umweltgeschichte nicht zwangsläufig als Erfolgsgeschichte betrachtet werden kann und muss. Vgl. *Frank Uekötter*, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen 2015.

3 Vgl. *Goranka Rocco*, Unternehmerische und städtische Nachhaltigkeitsberichte: eine textologisch-diskurslinguistische Betrachtung, in: *Jens Ivo Engels / Nina Janich / Jochen Monstadt / Dieter Schott* (Hrsg.), Nachhaltige Stadtentwicklung. Infrastrukturen, Akteure, Diskurse, Frankfurt a. M. 2017 (= Interdisziplinäre Stadtforschung, Bd. 22), S. 240–256 und *Viona Niemczyk*, Metaphern – Sprachliche Bauten städtischer Nachhaltigkeitskommunikation?, in: ebd., S. 223–239.

4 Vgl. hierzu Kapitel 7 dieser Arbeit.

5 Vgl. *Klaus Hermanns*, Die Lokale Agenda 21. Herausforderung für die Kommunalpolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung Online, 26.05.2002 [<https://www.bpb.de/apuz/25696/die-lokale-agenda-21>].

de Rolle.⁶ Doch nicht erst seit dem sogenannten „Erdgipfel“ von Rio stehen Themen wie die Reinhaltung von Luft und Wasser auf der städtischen Agenda,⁷ wie ein Blick auf verschiedene Problem- und Konfliktkonstellationen zeigt, an denen bürgerschaftliche AkteurInnen⁸ maßgeblich beteiligt waren. In den hoch verdichteten Städten waren und sind die Konflikte zwischen Wirtschaft, Wachstum, Natur und Umwelt besonders präsent. Sie bilden als Wohn- und Lebensorte sowie infrastrukturelle und wirtschaftliche Zentren Konzentrationspunkte, an denen Fragen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung komprimiert aufeinandertreffen. Zugleich beheimaten sie unterschiedliche Milieus und Gesellschaftsgruppen, die ihrerseits spezifische Vorstellungen von Natur- und Umweltschutz und deren angemessener Umsetzung hegen und vorbringen.

Bemerkenswerterweise ist in historischer Perspektive über diese Phänomene nur wenig bekannt. Mit der vorliegenden Arbeit soll dieses Desiderat angegangen und das bürgerschaftliche Engagement im Umweltschutz in der Stadt untersucht werden. Es wird danach gefragt, *wie* der Schutz von Umwelt und Natur vor dem Aufkommen des Nachhaltigkeitsparadigmas zu Beginn der 1990er Jahre in Städten verhandelt wurde. Der Fokus liegt dabei auf den Einwirkungen *von unten* auf das kommunalpolitische System und die städtische Gesellschaft. Damit steht die Interaktion zwischen umweltschutzbezogenem Bürgerprotest sowie bürgerschaftlichem Umweltengagement auf der einen und den etablierten politischen und administrativen AkteurInnen auf der anderen Seite im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es geht um die Fragen, *wie* Protest, bürgerschaftliches Engagement, aber auch die Arbeit der Parteien und Behörden hinsichtlich des Natur- und Umweltschutzes aussahen und *wie* diese Aspekte im städtischen Raum ausgehandelt wurden. Zugleich werden entscheidende Wegmarken in der Entwicklung des kommunalen Umweltschutzes ausgewiesen, die ihrerseits die Rahmenbedingungen für umweltpolitisches Engagement veränderten. Die untersuchungsleitende These dabei lautet, dass sich im Untersuchungszeitraum (ca. 1970–1990) insbesondere in den

6 Vgl. für eine städtische Initiative im Rahmen der Agenda21 unter anderem die Broschüre: *Umweltamt Wiesbaden* (Hrsg.), Wiesbadener Agenda 21. Handlungsprogramm für eine dauerhaft lebenswerte Stadt, August 2001. Hierin finden sich neben Überlegungen zu einer gleichberechtigten und toleranten Gesellschaft eben auch zahlreiche Referenzen zum städtischen Umweltschutz und zu Aspekten, die sich auf die stadtnahe „Natur“ beziehen.

7 Vgl. Michael Toyka-Seid, Sichtbares Wasser in Mainz und Wiesbaden. Vom städtischen Umgang mit einer umstrittenen Ressource im ökologischen Zeitalter, 1970–2000, in: Engels/Janich/Monstadt/Schott, Nachhaltige Stadtentwicklung, 2017, S. 75–97; Frank Uekötter, The Age of Smoke. Environmental Policy in Germany and the United States, 1880–1970, Pittsburgh 2009.

8 In der vorliegenden Arbeit wird bei Gruppenbezeichnungen diese Schreibweise genutzt, um darauf aufmerksam zu machen, dass stets Frauen und Männer gemeint sind. Ist die Zusammensetzung von Gruppen nicht klar nachzuvollziehen, wird die inklusive Schreibform genutzt, wenngleich davon auszugehen ist, dass insbesondere Politik und Verwaltung im Untersuchungszeitraum stark männlich dominiert sind. In Fällen, in denen bekannt ist, dass es sich bei einer Gruppe nur um Männer gehandelt hat, wird auf die männliche Form zurückgegriffen, um historische Geschlechterverhältnisse korrekt wiederzugeben. Bei der Verwendung indirekter Zitate wird ebenfalls die originale Form, in der Regel die männliche, genutzt.

Städten eine facettenreiche Landschaft von AkteurInnen und Gruppen herausbildete, die zwar sämtlich im Natur- und Umweltschutz engagiert waren, sich aber in ihrem Auftreten und Handeln, kurz: ihrem *politischen Verhaltensstil* bisweilen deutlich voneinander unterschieden. Mit dieser Pluralisierung der Verhaltensstile, so wird weiter angenommen, schufen sie Anknüpfungspunkte für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, sich mit umweltpolitischen Fragen auseinanderzusetzen und zu identifizieren, und trugen damit zur *Inkorporierung* und *Normalisierung* des Umweltschutzes auf verschiedenen Ebenen bei.

Diese Studie nähert sich den aufgeworfenen Fragen über in vielerlei Hinsicht interessante und ertragreiche Beispielstädte: die größtenteils nur vom Rhein getrennten Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden und die selbsternannte Ökohauptstadt Freiburg im Breisgau. Ziel dieser Anordnung ist es, sowohl gemeinsame Entwicklungslinien, Vernetzungen und Austauschprozesse zu identifizieren als auch nach stadtspezifischen Mustern der Beteiligung und Politikgestaltung zu fragen. Zum einen geht es dabei um die Frage, ob sich bestimmte Aspekte finden lassen, die speziell mit dem urbanen Raum und den dortigen institutionellen und gesellschaftlichen Dispositionen in Verbindung gebracht werden können. Zum anderen richtet sich der Fokus auf bestimmte Arrangements und Netzwerke, vor allem aber auf *politische Verhaltensstile*, die den Schluss zulassen, dass spezifische Aspekte einzelner Städte Einfluss auf die Ausprägung von Protesten sowie von Prozessen der *Inkorporierung* und *Normalisierung* haben.

Untersuchungs- und Vergleichsstädte

Die benachbarten Landeshauptstädte Rheinland-Pfalz' und Hessens, Mainz und Wiesbaden, bieten sich für eine solche Perspektive besonders an, da ihre Basisstrukturen einander ähneln und sie nah beieinander liegen, was sie mit vergleichbaren und bisweilen gar denselben Problemen im Umweltschutz konfrontiert. Beide Städte sind Anrainer des Rheins, weisen ähnliche Industrialisierungsgrade auf und verfügen neben einem dicht besiedelten Stadtzentrum über Stadtteile, die sich in die Fläche ausdehnen. Zugleich sind sie auf die Behauptung ihres eigenen Standortvorteils und wirtschaftlichen Fortkommens bedacht und verfügen aufgrund ihrer historischen Entwicklung auch über spezifische Eigenarten und Probleme. Beiden Städten kommt zudem als Sitz der jeweiligen Landesregierung eine besondere Rolle in ihrem Bundesland zu. So ist eine Anordnung gegeben, anhand derer sich kulturelle, soziale und politische Spezifika in den Protestkulturen und der politischen Entscheidungsfindung besonders gut identifizieren und analysieren lassen. Bewusst fiel die Auswahl auf zwei Städte mittlerer Größe, die zwar einen urbanen Charakter, aber zugleich eine überschaubare Anzahl infrage kommender Gruppierungen und Verbände aufweisen. Zudem liegen beide Städte zwar im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet, das jeweilige Umland ist bisweilen jedoch ländlich geprägt. Daher ist davon auszugehen, dass verschiedene Arten von Problemen

des Natur- und Umweltschutzes von bürgerschaftlichen AkteurInnen identifiziert und verarbeitet werden. Dabei wird angenommen, dass sich im Verlauf des Untersuchungszeitraums unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung mit diesen Themen ausgebildet haben, die sich in Bezug auf ihre Trägerschichten und deren *politischen Verhaltensstil* differenzieren und analysieren lassen. Auch wenn die betreffenden Gruppen, Initiativen und Verbände ein mutmaßlich übergeordnetes Ziel, den Schutz von Natur und Umwelt, verfolgten, wird erwartet, dass sie dabei spezifische Strategien anwandten, ihre Vorstellungen und Handlungen in jeweils eigene Rahmungen einbanden und auf unterschiedliche Weise mit Behörden und der Öffentlichkeit kommunizierten. In dieser Studie werden am Beispiel von Mainz und Wiesbaden einschlägige AkteurInnen und Akteursgruppen, die sich in den 1970er und 1980er Jahren im Natur- und Umweltschutz betätigten, aufgespürt und ihr jeweiliges Engagement beschrieben und analysiert.

Im Laufe der Recherchen und der Bearbeitung bedurfte die Auswahl der Untersuchungsstädte aus Sicht der Fragestellungen und Erkenntnisziele einer Erweiterung. Grund dafür war die fragmentarische Quellenlage zu bestimmten Aspekten der Arbeit zu den beiden Haupt-Fallstudien Mainz und Wiesbaden. Das Ensemble der Untersuchungsstädte wurde daher um eine weitere Stadt, Freiburg i. Br., ergänzt. Sie eignet sich als Vergleichsstadt, da sie in Bezug auf Größe, Einwohnerzahl und ihre Bedeutung als Oberzentrum vergleichbare Parameter aufweist und zugleich als Hochburg bürgerschaftlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz gilt. Der Protest gegen das geplante Kernkraftwerk im nahe gelegenen Wyhl gilt als bedeutende Wegmarke der deutschen Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung. Schon früh beteiligten sich daran auch Gruppen aus Freiburg. In der Folge bildete sich in der Stadt eine lebhafte Umweltbewegung, die bundesweit Maßstäbe setzte. Gleiches gilt für die kommunale Umweltpolitik. In diesem Zusammenhang wird auch zu klären sein, warum gerade Freiburg den Ruf einer Ökohauptstadt innehat – und nicht etwa Mainz oder Wiesbaden.

Anhand dieser dritten Fallstudie, die in ausgewählten Abschnitten der Arbeit einbezogen wird, lassen sich die Befunde zu den beiden anderen Städten kontrastieren. Dabei besteht nicht der Anspruch einer gleichwertigen Behandlung Freiburgs in den einzelnen Kapiteln der Arbeit. Im Zentrum stehen bewusst die Entwicklungen in den beiden Städten Mainz und Wiesbaden, denen in der Umwelt- und Bewegungsgeschichte bislang keine nennenswerte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Im Gegensatz zu Freiburg galten und gelten sie weder als positive oder negative Beispiele kommunalpolitischer Leistungen im Umweltschutz noch als Hochburgen der Natur- und Umweltschutzbewegung. Aufgrund dieser Normalität stehen die im Folgenden beschriebenen Entwicklungen bis zu einem gewissen Grad auch exemplarisch für die Aushandlungsprozesse um den Umweltschutz in anderen vergleichbaren Großstädten. So leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Stadtgeschichte in der Bundesrepublik, indem sie am Beispiel des Themenfeldes Umweltschutz die politische Kultur auf kommunaler Ebene in den Blick nimmt, gezielt die Städte als Schauplatz der Diskurse und Proteste untersucht und nach der materiellen Verortung lokalen Umweltengagements fragt.

Durch die intensive Beschäftigung mit verschiedenen Facetten politischer, sozialer und kultureller Entwicklungen in den beiden Untersuchungsstädten Mainz und Wiesbaden und der Umgebung trägt die Arbeit zugleich explizit zur lokalen und regionalen historischen Forschung bei.

Untersuchungszeitraum

Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt auf den 1970er und 1980er Jahren. Die sozial-liberale Bundesregierung Brandts hatte 1969/1970 den Umweltschutz als Begriff sowie als politisches Thema aufs Tableau gebracht. In Kombination mit einer breiteren Medienberichterstattung und einem gesteigerten Interesse in der Bevölkerung kann diese Zeit als Entdeckungsphase des Umweltschutzes gelten.⁹ Nicht nur die kommunalen Politik- und Verwaltungsstrukturen waren gezwungen, auf dieses neue Politik- und Aufgabenfeld zu reagieren, sondern auch die (städtische) Gesellschaft griff die veränderten Begrifflichkeiten und Wahrnehmungen auf und entdeckte diese für sich. Nun waren die Probleme und Konflikte, die ab diesem Zeitpunkt mit dem Umweltschutz assoziiert wurden, freilich keine Neuheiten. Die Verschmutzung von Luft und Wasser etwa hatte schon zuvor bestanden und war auch bereits problematisiert worden.¹⁰ Dennoch brachte die ökologische Wende Anfang der 1970er Jahre signifikante Veränderungen in der Aushandlung solcher Themen und bei den beteiligten Akteursgruppen mit sich.¹¹

Die damit verbundenen Prozesse der Formierung und Aneignung des Umweltschutzes bei und in den Städten bilden daher den ersten chronologischen Schwerpunkt in der vorliegenden Darstellung. Die beiden folgenden Jahrzehnte – von den frühen Siebzigern bis zum Beginn der 1990er Jahre – waren in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement und hinsichtlich der Institutionalisierung des Umweltschutzes besonders einschneidend. Sie verdienen daher eine genauere Betrachtung. In den sich anschließenden Kapiteln und Abschnitten der Arbeit spielt vor allem die Dekade zwischen 1975 und 1985 eine exponierte Rolle. Dieser Schwerpunkt ergibt sich aus den zentralen Forschungsfragen und dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial. So gründete sich 1975 eine der ersten Bürgerinitiativen mit dem Schwerpunkt Umweltschutz in Mainz und Wiesbaden und gewissermaßen als vorläufiger Höhe- oder Endpunkt dieser Entwicklung zogen die *Grünen* 1985 in das Wiesbadener Stadtparlament ein und bildeten mit der *SPD* eine rot-grüne Koalition. Damit nimmt die Studie die drei zentralen Phasen der Umweltbewegung in den Blick, die allgemein zur Periodisierung überregionaler

9 Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998, S. 208–213.

10 Vgl. Hermanns, Die Lokale Agenda 21, 2002.

11 Vgl. Jens Ivo Engels, Modern Environmentalism, in: Frank Uekötter (Hrsg.), The Turning Points of Environmental History, Pittsburgh 2010, S. 119–131, hier S. 130 f.

Entwicklungen angeführt werden. Es handelt sich dabei zunächst um die Etablierung von „Umweltschutz“ als politischem Handlungsfeld (1969–1974). Darauf folgt eine Phase der Polarisierung zwischen Ökonomie und Ökologie (1975–1982) und abschließend die Institutionalisierung der Umweltbewegung (1983–1990).¹² Diese chronologische Systematik ermöglicht, verschiedene Formen bürgerschaftlichen Engagements zu erfassen. Anhand der einzelnen Fallbeispiele gilt es, diese modellhafte Einteilung kritisch zu hinterfragen und nach Spezifika zu suchen, die eine Kontrastierung und Erweiterung bedeuten.

Wenngleich sich die Darstellung vor allem auf die Zeit bis etwa 1985 konzentriert, werden an einigen Stellen der Arbeit bewusst Ereignisse und Prozesse aufgegriffen und eingebunden, die über die 1980er Jahre hinausgehen. Dadurch lassen sich längere Entwicklungslinien bis in die jüngere Vergangenheit und Gegenwart nachzeichnen und von dem Phasenmodell möglicherweise abweichende Beispiele identifizieren. Gerade durch die zeitliche Verankerung in der Entstehungsphase der Neuen Sozialen Bewegungen versteht sich diese Studie nicht nur als Beitrag zur Stadt- und Umweltgeschichte, sondern auch zur neuen Politikgeschichte. Obgleich der Fokus der Arbeit auf der kommunalen Ebene liegt, ist mit ihr der Anspruch verbunden, aktuelle Debatten der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte aufzugreifen und mitzugestalten.

Forschungslage

Die facettenreiche Gestalt der Umweltgeschichtsschreibung bietet eine Fülle an erkenntnisversprechenden Forschungsfeldern. Immer noch ist sie ein Bereich der Geschichtswissenschaft, der sich im raschen Wandel befindet und eine Vielfalt an divergierenden Ansätzen und Ergebnissen mit sich bringt.¹³ Eine der Grundsäulen der umwelthistorischen Forschung stellt die Frage nach der Perzeption von Umwelt dar. Darunter fällt nicht zuletzt die Geschichte der Umweltpolitik und -bewegung.¹⁴ Dieser Themenkomplex war seit der Konstituierung dieses Forschungszweiges bereits

12 Vgl. *Karl-Werner Brand*, Umweltbewegung, in: *Roland Roth / Dieter Rucht* (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M. 2008, S. 219–244, hier S. 224–229.

13 Vgl. für eine Standortbestimmung der Umweltgeschichte: *Michael Toyka-Seid*, Auf der Suche nach dem Eigen-Sinn – die Umweltgeschichte zwischen Konsolidierung und Globalisierung, in: *Neue Politische Literatur* 53 (2008), S. 365–380, hier S. 365 f.

14 Vgl. *Donald Worster*, Transformations of the Earth: Toward an Agroecological Perspective in History, in: *The Journal of American History* 76 (1990), H. 4, S. 1090 f.

Gegenstand zahlreicher Abhandlungen. Deren Zuschnitte beinhalteten sowohl Studien regionaler¹⁵, nationaler¹⁶ als auch internationaler¹⁷ beziehungsweise vergleichender¹⁸ Art.

Hinsichtlich der Geschichte des deutschen Natur- und Umweltschutzes zwischen 1900 und 1980 lässt sich für die Zeit nach der Jahrtausendwende eine regelrechte Forschungswelle konstatieren. Mit dem Deutschen Kaiserreich und den damaligen Formen des Naturschutzes beschäftigte sich unter anderem Friedemann Schmoll.¹⁹ Ein weiterer Sammelband²⁰ von Joachim Radkau und Frank Uekötter aus dem Jahr 2003 nimmt sich der ideologischen Überformungen von Landschafts- und Heimatpflege sowie Naturschutz während des Nationalsozialismus an. Für die vorliegende Arbeit sind indes besonders die Veröffentlichungen zur bundesrepublikanischen Natur- und Umweltschutzgeschichte relevant. Gleichwohl konnte für die Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre hinein eine nicht zu unterschätzende Kontinuität in den Denkmustern der Heimat- und NaturschützerInnen aufgezeigt werden.²¹

Die staatliche Umweltpolitik in der Bundesrepublik ist in ihren Grundzügen gut erforscht. Eine 1994 erschienene Arbeit²², die stark rechtswissenschaftlich ausgerichtet ist, behandelt die Rolle des Staates bei der Schaffung des Umweltbewusstseins. Hans-Peter Vierhaus betont darin, dass das Thema Umweltschutz in einem Willensbildungsprozess von oben nach unten durch die Bundesregierung um 1970 zu einem öffentlichen Politikum geworden sei. Mittlerweile kann eine solch allzu einseitige Lesart bezüglich der Implementierung eines Umweltbewusstseins – ausgehend von der Regierung in Richtung Bevölkerung – nicht mehr geteilt werden. Dies ist unter anderem der Verdienst von Kai F. Hünemörder, der 2004 eine Veröffentlichung²³ vorlegte, die sich mit der Genese der Umweltpolitik in Deutschland beschäftigt und dabei ein ausgewoge-

15 Etwa: Frank Uekötter, *Naturschutz im Aufbruch. Eine Geschichte des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1980*, Frankfurt a. M./New York 2004 (= *Geschichte des Natur- und Umweltschutzes*, Bd. 3).

16 Etwa: Sandra Chaney, *Nature of the Miracle Years. Conservation in West Germany, 1945–1975*, New York/Oxford 2008 (= *Studies in German History*, Bd. 8).

17 Joachim Radkau legte 2011 eine Weltgeschichte der Umweltpolitik und des Umweltengagements vor. Das äußerst umfangreiche Werk bietet neben aufschlussreichen Erkenntnissen zu den Entwicklungen in der Bundesrepublik und Europa Einblicke in Aspekte des Umweltschutzes- und -engagements unter anderem in Nord- und Südamerika. Durch den universalen Ansatz werden sowohl weltweit konstante Gemeinsamkeiten als auch Spezifika bestimmter Regionen und Länder erkennbar. Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011.

18 Unter anderem Christopher Rootes (Hrsg.), *Environmental Protest in Europe*, Oxford u. a. 2007.

19 Friedemann Schmoll, *Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a. M. 2004.

20 Joachim Radkau / Frank Uekötter (Hrsg.), *Naturschutz und Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 2003.

21 Vgl. Chaney, *Nature*, 2008, S. 17–38.

22 Hans-Peter Vierhaus, *Umweltbewusstsein von oben. Zum Verfassungsgebot demokratischer Willensbildung*, Berlin 1994 (= *Schriften zum Umweltrecht*, Bd. 48).

23 Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973)*, Stuttgart 2004 (= *Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft*, Bd. 53).

neres Bild zeichnet. Trotz der hauptsächlichen Ausrichtung auf die politischen und administrativen Wahrnehmungen bezieht er auch die Rolle der Öffentlichkeit und der nichtamtlichen AkteurInnen ein. Ein Sammelband²⁴ aus dem Jahre 2006 nimmt den staatlichen Naturschutz in Deutschland in den hundert Jahren zwischen 1906 und 2006 in den Fokus. Der Schwerpunkt liegt hier allerdings auf der Zeit vor 1970.

Zudem gingen aus der historischen Forschung Studien hervor, die sich mit staatlichen und bürgerschaftlichen AkteurInnen auf Landesebene und deren Betätigungen im Natur- und Umweltschutz auseinandersetzen.²⁵ Deren Untersuchungszeiträume erstrecken sich jedoch weitestgehend auf die Frühphase dieser Entwicklungen. Die Gemeinsamkeit und der Verdienst dieser Darstellungen liegen entsprechend in der Betonung der Tatsache, dass die Beschäftigung mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes nicht erst mit den 1970er Jahren einsetzte, sondern auf mehreren Ebenen eine bisweilen lange Tradition aufwies.

Mit seiner 2006 erschienenen Habilitationsschrift²⁶ greift Jens Ivo Engels diese Tradition auf und bettet sie in eine Darstellung ein, die über die Ökologisierungsphase des Natur- und Umweltschutzes hinausgeht. Das zentrale Anliegen seiner Arbeit liegt in der Beantwortung der Frage, wie aus dem zunächst stark konservativ geprägten Feld des Naturschutzes die Umweltbewegung der 1980er Jahre wurde. Dabei greift Engels auf das Konzept des politischen Verhaltensstils zurück und wendet es in seiner Analyse auf die Natur- und Umweltschutzbewegung zwischen 1950 und 1980 an. Es ist der Versuch, die Mechanismen der Kohäsion der Umweltbewegung, die oftmals mit einer unübersichtlichen Struktur in Verbindung gebracht wird, zu beschreiben. Dabei geht es weniger um die Frage des Warum, d. h. um die Motive, die die Umweltbewegung antreiben, sondern vielmehr um das Wie.²⁷ Engels liefert mit diesem Ansatz eine stichhaltige Erklärung, die die Transformations- und Formierungsprozesse auf breiter Ebene erläutern kann. Wenngleich die aufgegriffenen Fallstudien bisweilen einen regionalen und lokalen Bezugsrahmen aufweisen, zielt die Analyse stets auf eine Darstellung zur gesamten Bundesrepublik ab. Die vorliegende Studie mit dem dezidierten Zuschnitt auf städtische und regionale Zusammenhänge versteht sich somit als nötige Präzisierung und Erweiterung. Dies gilt auch für den Untersuchungszeitraum, der in diesem Fall

24 Hans-Werner Frohn / Friedemann Schmoll (Hrsg.), *Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006*, Bonn-Bad Godesberg 2006 (= *Naturschutz und Biologische Vielfalt*, Bd. 35).

25 Vgl. Monika Bergmeier, *Umweltgeschichte der Boomjahre 1949–1973. Das Beispiel Bayern*, Münster u. a. 2002; Nils M. Franke, *Zur Geschichte des Naturschutzes in Rheinland-Pfalz 1949–2000*. Festschrift 25 Jahre Stiftung Natur und Umwelt, Mainz 2005; Almut Leh, *Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1975*, Frankfurt a. M./New York 2006 (= *Geschichte des Natur- und Umweltschutzes*, Bd. 5); siehe auch Uekötter, *Naturschutz*, 2004.

26 Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn u. a. 2006.

27 Vgl. ebd., S. 12 und S. 20.

einerseits deutlich enger gefasst ist und zugleich über das Jahr 1980 hinausgeht. Es ist anzunehmen, dass sich so Spezifika herausdestillieren lassen, die erst durch den Zugang auf kleinere Einheiten erkennbar sind.

Während sich gegenwärtig innerhalb der Forschung der Trend zur Betonung des transnationalen Charakters der Umweltbewegungen und der Umweltpolitik konsolidiert,²⁸ blieb gerade die Betrachtung städtischer Bewegungen und Gruppen sowie kommunaler Natur- und Umweltschutzpolitik weitgehend aus. Ein Grund hierfür liegt zweifellos in der bisweilen prekären Quellenlage auf diesem Gebiet. Doch die städtische respektive kommunale Untersuchungsebene verspricht große Erkenntnisgewinne, die sich nicht zuletzt aus der räumlichen Nähe von VerursacherInnen und Betroffenen von Umweltbelastungen ergeben. Diese Nähe bedingt nicht nur Konflikte, sondern birgt zugleich Chancen zur Problemlösung.²⁹ Obwohl viele Kompetenzen bei Landes- und Bundesstellen liegen, waren und sind Städte wichtige Bezugspunkte in der Auseinandersetzung um Formen und Durchsetzungen natur- und umweltpolitischer Maßnahmen und zugleich Betätigungsfeld umweltbewegter Gruppen.³⁰ Die Fokussierung auf diese Ebene erlaubt es, verschiedene Strömungen des Engagements im Natur- und Umweltschutz an einem Schauplatz über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Im städtischen Nahraum treffen sie aufeinander, bilden Bündnisse und Netzwerke, grenzen sich ab. Zugleich ist es mit diesem Zuschnitt möglich, die Transformationen einzelner AkteurInnen und Akteursgruppen im Detail zu studieren. Während die großen Entwicklungslinien in der historischen Forschung zum Umweltschutz und der Natur- und Umweltschutzbewegung bereits offengelegt wurden, wurde eine empirische Überprüfung und Nuancierung auf städtischer Ebene bislang nicht vorgenommen. Hier setzt die vorliegende Arbeit an und widmet sich den Facetten bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt.

Bewusst wird in diesem Zusammenhang auf die Nutzung des normativ aufgeladenen Begriffes der Zivilgesellschaft verzichtet. Ute Hasenöhl kommt in ihrer 2011 veröffentlichten Dissertationsschrift³¹ zu dem Schluss, dass eine Analyse anhand des Konzepts der Zivilgesellschaft zwar durchaus vielversprechende Ergebnisse liefern kann, warnt

28 Vgl. *Thorsten Schulz-Walden*, *Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975)*, München 2013 (= Studien zur internationalen Geschichte, Bd. 33); *Jan-Henrik Meyer / Astrid Mignon Kirchhoff* (Hrsg.), *Global Protest against Nuclear Power. Transfer and Transnational Exchange in the 1970s and 1980s*, *Historical Social Research* 39 (2014), H. 1; *Andrew Tompkins*, *Better Active than Radioactive! Transnational Anti-Nuclear Protest in 1970s France and West Germany*, Oxford 2016.

29 *Jochen Hücke*, *Kommunale Umweltpolitik*, in: *Roland Roth* (Hrsg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, Opladen 1994, S. 474–489.

30 Vgl. *Gisela Müller-Brandeck-Bocquet*, *Die institutionelle Dimension der Umweltpolitik. Eine vergleichende Untersuchung zu Frankreich, Deutschland und der Europäischen Union*, Baden-Baden 1996, S. 172.

31 *Ute Hasenöhl*, *Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980*, Göttingen 2011 (= *Umwelt und Gesellschaft*, Bd. 2).

aber zugleich vor einer Überladung durch die Hinzunahme des normativ ausgerichteten Gemeinwohlaspekts. Dieser sei nämlich besonders in Natur- und Umweltschutzkonflikten häufig zum Zwecke der Legitimierung angeführt worden und könne daher nicht zweifelsfrei mit rein emanzipatorischen Werten in Verbindung gebracht werden. Sie plädiert daher für eine wertneutrale Kategorie, die sich vor allem daran orientiert, ob das Handeln der Akteure auf private oder kollektive Güter abzielt.³² Um einer solchen normativen Aufladung der Analyse entgegenzuwirken, wird in der vorliegenden Arbeit in der Regel von *bürgerschaftlichem Engagement* gesprochen. Damit ist es gleichfalls möglich, ein breites Spektrum an Organisations- und Aktionsformen zu erfassen, ohne diese zu bewerten und sie aufgrund begrifflicher Zuschreibungen bereits vor der Analyse mit dem mutmaßlichen Einsatz für das Gemeinwohl zu verbinden.

Der Bedeutungsgehalt der politischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik einsetzten, war und ist in der zeitgeschichtlichen Forschung ein wiederkehrendes Thema. Dabei hat sich die Tendenz durchgesetzt, diesen Übergang und die damit einsetzenden Entwicklungen zu betonen.³³ Aus Sicht des Anliegens dieser Arbeit sind vor allem zwei historische Phänomene in diesem Zusammenhang relevant: zum einen die Herausbildung eines linksalternativen Milieus und zum anderen die Entfaltung der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen. Zum linksalternativen Milieu hat Sven Reichardt mit seiner Habilitationsschrift von 2014 eine umfassende Übersicht über die Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre vorgelegt und sich dabei vor allem auf den Habitus und das Verhaltensrepertoire im Alternativmilieu konzentriert.³⁴ Mit der vorliegenden Arbeit wird in den entsprechenden Abschnitten Reichardts Forschung aufgegriffen und durch Befunde zu den Untersuchungsstädten Mainz und Wiesbaden und der Vergleichsstadt Freiburg erweitert. Politisch wirkungsmächtig wurden die Mitglieder dieses Milieus vor allem in Form ihrer Partizipation in den Neuen Sozialen Bewegungen. Diese wiederum waren allerdings politisch deutlich facettenreicher aufgestellt, so dass das linksalternative Milieu zwar ein bedeutender Nährboden für die Sozialen Bewegungen, aber in der Regel nicht deren alleiniger Träger war.³⁵

Die Beschäftigung mit den (Neuen) Sozialen Bewegungen besitzt besonders in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung eine lange Tradition, die be-

32 Vgl. ebd., S. 486 f. Die Autorin befasst sich in einem Diskussionspapier ausführlicher mit dieser Thematik und kommt zu ähnlichen Schlüssen. Vgl. dazu: Ute Hasenöhl, *Zivilgesellschaft, Gemeinwohl und Kollektivgüter*, Discussion Paper SP IV 2005–401, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2005. Vgl. zur Problematik des Begriffs Zivilgesellschaft auch Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, 2006, S. 19.

33 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016; Konrad Hugo Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

34 Vgl. Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.

35 Vgl. ebd., S. 15 f.